LUDWIGSBURG

Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 26.04.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **ÖPNV-Angebote im Gewerbegebiet Weststadt - Ergebnisse der Untersuchungen - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **IIk** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM **IIk** diesen Beratungspunkt von der Tagesordnung ab. Er teilt mit, der zuständige Sachbearbeiter in der Verwaltung sei erkrankt, daher werde der Bericht in einer kommenden BTU-Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 1.1 **Gewerbegebiet-West-Express - Interfraktioneller Antrag der Fraktionen: CDU, SPD, Freie Wähler und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.04.2017** **Vorl.Nr. 160/17**

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1

TOP 2	Bauarbeiten Fußgängeranbindung Bushaltestelle Karlsruher Allee	Vorl.Nr. 140/18

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Top 2 auf und verweist auf die Mitteilungsvorlage 140/18 und auf den Antrag der CDU-Fraktion.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert zum Thema. Die Treppe sei für einen Zeitraum von vier Wochen gesperrt gewesen. Es sei eine Umleitung ausgeschildert worden. Dies sei mit dem Fachbereich für Sicherheit und Ordnung abgestimmt gewesen. Die Dauer der Bauzeit sei von den unterschiedlichen Materialien abhängig gewesen. Die Kosten liegen bei 10.000,-- Euro. Ein Neubau läge bei 40.000,-- Euro. Aus wirtschaftlichen und zeitlichen Gründen habe man sich für diese Variante entschieden.

Stadtrat **Noz** sei der Ansprechpartner gewesen. Die Maßnahme habe im Stadtteil für Ärger gesorgt. Es sei der Eindruck entstanden, dass der Arbeitsablauf sehr stockend verlaufen sei. Die Kostenhöhe für einen Neubau rechtfertige die gewählte Variante.

Frau **Schmidtgen** erläutert die Aushärtung der Materialien. In dieser Zeit könne dort keine Tätigkeit erfolgen. Man versuche künftig mit Ausschilderungen darauf hinzuweisen.

Auf Nachfrage von BM **Ilk** erklärt Stadtrat **Noz** den Antrag der CDU-Fraktion als erledigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen eingehen, schließt BM **Ilk** diesen TOP.

TOP 2.1	Bauarbeiten Fußgängeranbindung Bushaltestelle Karlsruher Allee - Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2017	Vorl.Nr. 474/17

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 2 verwiesen.
Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2017 (Vorl. 474/17) ist mit diesem Bericht erledigt.

TOP 3 **Belagssanierung Marienburgstraße - Bau- und Vergabebeschluss** **Vorl.Nr. 133/18**

Beschluss:
Die Marienburgstraße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 225.000,00 € werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 15.03.2018 den Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Marienburgstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	209.825,85 €
+ Unvorhergesehenes ca.7,23 %	15.174,15 €
Vergabesumme	**225.000,00 €**

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorlage 133/18. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Auf Rückfrage von Stadtrat **Braumann** teilt Frau Schmidtgen (FB Tiefbau und Grünflächen) mit, dass man sich außerhalb der Kreuzungsbereiche bewege.

Stadträtin **Dr. Knoß** erkundigt sich ob, bzw. mit welchen Leuchten die Straßenbeleuchtung erneuert werde.

Frau **Schmidtgen** führt aus, dass die Stadtwerke die Straßenbeleuchtung zwischen der Osterholzallee und der Kärntner Straße erneuern werden. Es werden die normalen, neuen LED Leuchten, passend zu den bereits ausgetauschten Leuchten, verwendet. Die Beleuchtung werde sukzessive umgestellt und erneuert.

Aus Sicht von Stadträtin **Dr. Knoß** passen die neuen, futuristischen Leuchten nicht zum Stil der Bestandsleuchten.

BM **Ilk** entgegnet, die bestehenden Straßenleuchten seien nicht auf LED Technik umrüstbar. Die Beleuchtung werde nach und nach ausgetauscht und erneuert. Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

Baubeschluss:

In der Frankfurter Straße werden im Abschnitt Katharinenstraße bis Reuteallee lärmoptimierte Beläge eingebaut.

Die Gesamtkosten in Höhe von 660.000,00 € werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Die Firma.Gustav Epple aus Remseck erhält den Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten in der Frankfurter Straße. Grundlage des Auftrages ist das Angebot der Firma Epple vom 28. März 2018.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	610.835,69 €
+ Unvorhergesehenes	49.146,31 €
Vergabesumme	**660.000, 00 €**

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen sei, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadträtin **Seyfang** freut sich, dass mit der Maßnahme begonnen werde. Sie hoffe, dass im Umland dadurch nicht allzu viele Staus entstehen. Weiter wolle sie wissen, ob während der Bauarbeiten das Ausfahren aus der Markgröningerstraße möglich sei.

Stadtrat **Bauer** finde es ebenso gut. Er hoffe auf entsprechende Wirkung und spricht in diesem Zusammenhang auch die Wirkung der Blitzampel an.

Auch Stadtrat **Juranek** zeigt sich erfreut. Die Diskussion um die Lärmschutzwände habe er merkwürdig empfunden. Für ihn sei dies ein Anfang. Die Länge der geplanten Bauzeit scheint ihm zu lange, da lediglich eine Belagssanierung erfolge.

Stadtrat **Rothacker** spricht den Kostenfaktor des lärmoptimierten Asphaltes an. Die Wirkung halte lediglich fünf Jahre. Er bitte darum, dass in drei Jahren geprüft werde, wie dieser Asphalt sich

auswirke, beziehungsweise wie die Wirkung zurückgehe. Dennoch freue er sich, dass die Maßnahme begonnen werde. Die Fahrtrichtung müsse in beide Richtungen gewährleistet sein, dies sei eine logistische Herausforderung und begründe die Länge der Bauzeit.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass ein einstimmiger Beschluss des Gemeinderates gefasst worden sei. Von der Verwaltung sei man darauf hingewiesen worden, dass die Wirkungszeit dieses Asphaltes nach fünf Jahren zurückgehe. Dennoch sehe sie eine Lärmminderung für einen Zeitraum von fünf Jahren als Rechtfertigung für die Kosten. Die Verwaltung solle sich ein Konzept für die Entlastung der Frankfurter Straße überlegen. Die Belastung für diesen Asphalt sei sicherlich auch auf die häufige Befahrung durch LKWs zurückzuführen. Sie wünsche sich im kommenden Jahr einen Bericht über den Zustand des Asphaltes der bereits im Jahre 2014 aufgebrachten Strecke. Die preisgünstigste Lösung sehe sie in der Einführung von Tempo 30. Jedoch habe sie den Eindruck, dass diese Realisierung nicht gewollt sei.

Stadtrat **Lettrari** wünsche sich einen Austausch über die Erfahrungswerte anderer Kommunen, die diesen Asphalt bereits eingesetzt haben. Tempo 30 auf der Frankfurter Straße werde er ebenso begrüßen.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht auf die offenen Fragen ein. Die Stadtwerke sanieren die Gasleitung, dies wirke sich auf die Bauzeitlänge aus. Der Verkehr werde in jede Richtung gewährleistet, somit könne nur abschnittsweise saniert werden. Erschwerend komme die Beachtung der Zufahrten hinzu. Aufgrund der Anfahrt zur Schule könne ein Teil nur in den Sommerferien erfolgen. Das Aufstellen von Lärmschutzwänden würde bei den Anwohnern zu einer Beschattung führen. Um eine sinnvolle Lärmschutzwirkung zu gestalten, brauche man eine Neuordnung des Querschnittes. Weiter geht sie auf die fünfjährige Wirkungszeit des LOA ein. Hierzu gebe es Erfahrungswerte einer Forschungsgesellschaft. Richtlinien gebe es noch keine. Sie werde den Wunsch von Stadträtin Burkhardt aufnehmen und den bereits seit 2014 eingesetzten LOA auf den Rückgang der Wirkung untersuchen. Weiter geht sie auf die Markgröningerstraße ein. Ein Aus- und Einfahren werde zeitweise nicht möglich sein. Die ausführende Firma habe bezüglich des Zeitplanes und der Bauabschnitte ein Mitspracherecht.

Stadtrat **Juranek** merkt an, dass der Belag länger halte als fünf Jahre. Die Wirkung werde sich langsam reduzieren.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass es ein langsamer Abbau sei und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5	**Fahrbahn- und Gehwegsanierungsarbeiten in der Erlachhofstraße - Bau- und Vergabebeschluss**	**Vorl.Nr. 126/18**

Baubeschluss:

Die Erlachhofstraße in Ludwigsburg wird nach den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen saniert.

Die Gesamtkosten in Höhe von 375.000,00 € (brutto) werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Die Firma Ernst Seybold GmbH & Co. KG aus Ludwigsburg erhält auf der Grundlage ihres Angebotes vom 21.03.2018 den Auftrag für die Sanierung der Fahrbahn- und Gehwegflächen.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	341.768,96 €
+ Unvorhergesehenes ca. 9,75 %	33.231,04 €
Vergabesumme	**375.000,00 € (brutto)**

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten der Maßnahme um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** will wissen, ob Glasfaserkabel, insbesondere in der Harteneckstraße, bereits verlegt sei. Sinnvoll sei, dass das Krankenhaus in diesem Zuge mitbeachtet werde.

In der Vorlage sei dies bereits erwähnt, so Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen). Die Fahrbahn werde abgefräst und ein Belag aufgebracht. Der Gehweg werde im Vollausbau saniert, da die Stadtwerke Glasfaserkabel verlegen. Bei der Harteneckstraße sei sie der Meinung, dass dies nicht das derzeitige Cluster der Stadtwerke betreffe.

Stadtrat **Lettrari** gibt weitere Informationen bezüglich der Glasfaserverlegung.

Hierzu äußert sich Frau **Schmidtgen**, dass die Telekom in dem genannten Gebiet tätig gewesen sei.

Sinnvoll sei, dass Leerrohre eingebracht werden, so BM **Ilk** und lässt abstimmen.

TOP 6	Bericht zur Turnhalle Grundschule Hoheneck - Interfraktioneller Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion vom 26.02.2018	Vorl.Nr. 096/18

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** geht auf den interfraktionellen Antrag ein. Zu diesem Thema habe man einen externen Controller hinzugezogen. Er werde das Thema Generalübernehmer einer klassischen Ausschreibung gegenüberstellen. Weiter wolle er die Kritik im Zusammenhang mit seiner Aussage über die Bezahlung von Subunternehmen zurückweisen. Er habe lediglich von Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit berichtet. Fair und positiv sehe er die Ausschreibung einzelner Gewerke. Für lokale Handwerker sehe er hierdurch bessere Chancen.

Stadtrat **Noz** geht auf die Festpreisangebote der Handwerker ein. Er sehe bei Einzelvergaben für die lokalen Unternehmer keine besseren Chancen und erläutert das Procedere in der Baubranche.

Herr **Weißer** und Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutern die in der Anlage zum Protokoll beigefügte Präsentation. Insbesondere wird auf die Sanierung, die Planung einer neuen Halle und die realisierte neue Halle eingegangen.

BM **Ilk** geht erneut auf die Zusammenfassung der Kosten für die Sanierung, für einen Neubau nach der Grundrissskizze des Stadtteilausschusses, für einen Neubau nach DIN- Norm, für einen Neubau nach Bauvoranfrage und für den Neubau nach der realisierten Halle durch Schatz Projektbau ein und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** wolle wissen, bei welchen Projekten in der Vergangenheit die ermittelten Kosten tatsächlich die Abrechnungsgrundlage gewesen seien. Er sehe in der Sanierung ein großes Risiko in der Abweichung. Die Halle sollte den vorhandenen Ansprüchen in Hoheneck entsprechen. Er hoffe, dass dies berücksichtigt worden sei. Er sei mit dem Ergebnis zufrieden. Man könne ein Projekt ohne wesentliche Mehrkosten umsetzen. Er wünsche sich, dass künftig die Verwaltung verschiedene Varianten präsentiere. So könne eine Auswahl getroffen werden. Dies sei für ihn ein Maßstab für die künftigen Planungen.

BM **Ilk** merkt an, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales das Raumprogramm und der Bedarf festgelegt werden.

Er freue sich über die funktionale Halle, die als Vorbild für ein Nutzgebäude stehe, so Stadtrat **Rothacker**. Weiter merkt er an, dass die Berechnung nach der Sportfläche anders ausfalle, als die Berechnung nach der Bruttogrundfläche. Die jetzige Halle habe eine größere Sportfläche, es sei an den weiteren Flächen gespart worden. Zudem geht er auf die unvorhergesehenen Kosten bei den bisherigen Projekten ein. Die Sanierung sei ihm zu hoch erschienen. Die zusätzlichen 60.000,-- Euro basieren auf dem Blockheizkraftwerk und Diverses. Hervorragende Arbeit habe die Firma Schatz geleistet, so Rothacker. Die Halle sei gelungen.

Das Ergebnis könne sich sehen lassen, so Stadtrat **Juranek**. Das Verfahren habe sich gelohnt. Die Firma Schatz habe solide gearbeitet.

Das Experiment sei interessant, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie sehe ebenso eine Entlastung des Fachbereiches Hochbau. Dennoch habe man im Gegensatz zu einer Sanierung an Fläche und Zeit verloren. Ein Abriss sehe sie nicht als nachhaltig. Die Nachhaltigkeit sollte in eine Berechnung ebenso einfließen.

Stadtrat **Rothacker** merkt an, dass parallel zum Bau der Sportbetrieb aufrecht gehalten worden sei. Bei einer Sanierung hätte der Sportbetrieb eingestellt werden müssen.

Frau **Barnert** merkt an, dass sich das Ergebnis sehen lassen könne. Die Zusammenarbeit habe gut funktioniert. Dennoch habe man eine komplett abgeschlossene Planung bereits ausgearbeitet. Hier seien bereits Kosten und ein hoher Arbeits- und Zeitaufwand entstanden. Weiter teilt sie mit, dass die Verwaltung bereits Verfahren mit Generalübernehmer durchgeführt habe.

Stadtrat **Seybold** merkt an, dass seiner Meinung nach die jetzige Planung besser sei, als die ursprüngliche Verwaltungsplanung. Zudem wolle er wissen, weshalb die Verwaltung keinen Neubau angedacht habe.

BM **Ilk** stellt erneut die Sichtweise der Verwaltung dar. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft habe aufgrund der bereits fortgeschrittenen Planungen einen hohen Mehraufwand gehabt.

Herr **Weißer** erklärt, dass die Abwägung zwischen Sanierung und Neubau getroffen worden sei. Das Thema Nachhaltigkeit sei ein wichtiger Faktor gewesen. Die Halle sei bereits in Teilen saniert gewesen. Es wurde bereits in eine Dachdämmung und Sanitär investiert. Man wolle eine Bilanz für die weiteren Vorhaben ziehen. Weiter geht er auf die INKAS Berichte ein. Bei diesem Projekt seien bei der Sanierung 5 % für Unvorhergesehenes eingeplant gewesen. Auf die Kriterien für die Entscheidung zur Vergabe von Einzelleistungen oder die Beauftragung eines Generalübernehmers werde nachfolgend Herr Schulze eingehen.

Bei dem Projekt hätte man mehr kaufmännisch vorgehen sollen, so Stadtrat **Remmele**. Ein Neubau sei hier die bessere Lösung gewesen. Man solle künftig die Quadratmeterpreise für Sanierung und Neubau zugrunde legen.

Stadtrat **Noz** wolle wissen, ob die angegebenen Preise für Sanierung Kostenschätzungen oder Kostenermittlungen seien.

Hierzu antwortet Herr **Weißer**, dass dies Kostenschätzungen seien.

BM **Ilk** begrüßt Herrn Schulze, der die Vor- und Nachteile zum Vergabeverfahren für Generalübernehmer vorstellen werde und gibt das Wort weiter.

Herr **Schulze** (Alber & Schulze Baumanagement GmbH) stellt anschließend die als Anlage zum Protokoll beigefügte Präsentation vor und beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

BM **Ilk** dankt für die gute Zusammenfassung. Gegenüber der Einzelvergabe sehe er im Vorfeld einen deutlich höheren Aufwand, da eine Flexibilität nur eingeschränkt gegeben sei.

Stadtrat **Noz** sieht in der Einzelvergabe ebenso einen Detailaufwand.

Stadtrat **Rothacker** wolle nochmal auf die Anmerkung von Frau Barnert bezüglich des hohen Mehraufwandes eingehen. Er wolle anmerken, dass die Beschlüsse der vorherige Gemeinderat beschlossen habe. Hinzu sei die Bürgerbeteiligung gekommen. Grundsätzlich sei er nicht gegen eine Sanierung. Hier habe der Kosten-Nutzenfaktor und die Aufrechterhaltung des Sportunterrichtes, wie auch die Größe der Sportfläche, überzeugt. Bei Nutzbauten könne er sich

die Vergabe an einen Generalübernehmer vorstellen. Man müsse Einzelfallentscheidungen treffen. Er dankt für den sachlichen und objektiven Bericht.

Stadtrat **Juranek** dankt ebenso für die informative Aufstellung. Für die Vergabe an einen Generalübernehmer kommen einfache Bauwerke in Frage. Der Zeitablauf sei ein Problem. Bei der Ausschreibung müsse eine präzise Planung vorab erstellt werden. Sowohl bei der Planung wie auch bei der Ausführung müsse überprüft werden. Hier entstehen ebenso Kosten. Die Stadt habe in der Qualität, Langlebigkeit und Nachhaltigkeit eine Vorbildfunktion. Ebenso ein fairer Umgang mit den Auftragnehmern. Dies betreffe die Planer, wie auch die ausführenden Firmen. Hier sehe er durchaus Mängel bei Generalübernehmern. Er plädiere dafür, dass die öffentliche Hand als Bauherr nur bei wirtschaftlich akzeptablen Ergebnissen dieses Verfahren anwende. Frühzeitig solle über Alternativen, Ausführungsstandards, wie auch Ausstattungsstandards gesprochen werden.

Schwierig sehe Stadträtin **Dr. Knoß** die Definition eines einfachen Zweckbaues. Sie spricht die Lebensqualität an. Es dürfe nicht lediglich um die Erfüllung des Zweckes gehen.

Stadtrat **Remmele** sieht Qualität nicht pauschal. Es gehe um die Ausführung.

Herr **Schulze** geht auf die offenen Fragen ein. Eine klassische Generalübernehmervergabe sei die Erstellung eines Parkhauses. Es komme auf die Definition des Vertragssolles an. Seine Empfehlung sei die Planung bis zum Entwurf im Planungsteam. Darüber hinaus müssen Kontrollen erfolgen.

Stadtrat **Lettrari** will wissen, wie die Qualität sichergestellt werden könne.

Hierzu erklärt Herr **Schulze**, dass sich der Generalübernehmer an das Regelwerk halten müsse. Zudem stehe dieser in der Haftung. Es müsse eine Objektüberwachung erfolgen.

Stadtrat **Juranek** spricht erneut den fairen Umgang mit allen Projektbeteiligten an.

BM **Ilk** schlägt vor, dass der Kontakt zu Herrn Schulze gehalten werde. Bei entsprechenden Maßnahmen werde man ihn hinzuziehen. Es müsse frühzeitig und offen kommuniziert werden.

Stadtrat **Noz** merkt an, dass ein Controller konstant die Projekte begleiten solle. Der Antrag bezüglich Controller sei somit nicht erledigt.

Frau **Barnert** erklärt hierzu, dass bei bestimmten Maßnahmen ein Controller das Projekt begleite.

Dies wird von BM **Ilk** bestätigt. In weiteren Fällen könne ebenso, auf Wunsch, Herrn Schulze hinzugezogen werden.

Hiermit zeigt sich Stadtrat **Noz** einig. Dieses Thema sei ihm wichtig. Der Controller müsse nicht täglich an diesem Projekt sitzen. Er müsse entscheiden zu welchen Terminen und Entscheidungen er dazukomme.

Stadtrat **Braumann** fragt nach, ob dieser nur in bestimmten Phasen hinzugezogen werde.

BM **Ilk** beantwortet diese Frage aufgrund der Kosten mit Ja. Der Controller müsse für strategisch wichtige Termine hinzugezogen werden. Eine kontinuierliche Begleitung werde gewährleistet. Der Controller werde unabhängig arbeiten. BM Ilk stellt fest, dass durch die Berichte der

TOP 6	Bericht zur Turnhalle Grundschule Hoheneck - Interfraktioneller Antrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Freie Wähler-Fraktion vom 26.02.2018	Vorl.Nr. 096/18

Interfraktionelle Antrag vom 26.02.2018 (Vorl. Nr. 096/18) erledigt sei. Im Anschluss schließt BM Ilk den öffentlichen Teil der Sitzung.